



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Oskar Atzinger** und **Fraktion (AfD)**

Rundfunkbeitrag aufgrund der steigenden Inflation aussetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, beim Bund und den übrigen Bundesländern aufgrund der stetig steigenden Inflation in Deutschland eine auf drei Monate befristete Aussetzung sowie auf eine auf weitere 18 Monate befristete Halbierung des Rundfunkbeitrages anzuregen und durchzusetzen.

Begründung:

Aufgrund zahlreicher Krisen in Europa beträgt die momentane Inflation in Deutschland weit über 7 Prozent. Immer mehr Bürger haben Probleme, ihre alltäglichen Ausgaben zu finanzieren.

Eine Aussetzung des Rundfunkbeitrages auf drei Monate sowie eine zusätzliche Halbierung des Beitrags für weitere 18 Monate würde eine Ersparnis von 220,32 Euro für jeden Beitragszahler bedeuten. Dies stellt eine wesentlich größere Entlastung als die steuerpflichtige Energiepauschale in Höhe von 300 Euro der Bundesregierung dar, da nicht nur einkommenssteuerpflichtige Arbeitnehmer, sondern auch Rentner von der Minderung des Rundfunkbeitrages profitieren.

In einem Interview mit t-online vom 01.05.2022 sieht der parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Herr Stefan Müller, eine Dringlichkeit staatlichen Handelns in Sachen Aussetzung des Rundfunkbeitrages: „Von einer Aussetzung des Rundfunkbeitrages würden einkommensschwache Menschen überproportional profitieren, da alle Haushalte den gleichen Betrag zahlen müssen“. Zudem sollten Bund und Länder den Zeitraum dafür nutzen, um über eine grundsätzliche Staffelung des Beitrags zu sprechen. „Es ist sozial ungerecht, dass ein Gutverdiener-Ehepaar genau so viel zahlen muss wie ein Alleinerziehender“, betonte Müller. Eine Verschlinkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei „ohnehin unabdingbar“.

Der Einschätzung des parlamentarischen Geschäftsführers der CSU schließen wir uns an – auch was den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angeht. Allerdings halten wir eine nur auf drei Monate beschränkte Aussetzung, wie sie Herr Stefan Müller vorschlägt, für nicht ausreichend und eine zusätzlich auf 18 Monate befristete Halbierung der Rundfunkbeiträge für unabdingbar, um die starken finanziellen Belastungen bei vielen Bürgern zumindest ein wenig abzumildern.¹

¹ <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/preisanstieg-csu-politiker-pause-beim-rundfunkbeitrag-wegen-inflation-id62525466.html> (Letzter Zugriff am 02.05.2022).